

Verlauf der GR-Sitzung vom 30. März 2007

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.05 Uhr

Zuhörer anwesend

Entschuldigt: GR Tengg und VM ÖKR KONRAD (kommen um 19.09 Uhr), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Koren (kommen um 19.12 Uhr), GR Dipl.Tzt. Aichholzer (kommt um 19.22 Uhr).

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, Zuhörer und die Bediensteten Amtsleiter Hrn. Mag. Marat, Protokollführer Hrn. Schreiner und Frau Gerl (Finanzreferat).

Der Bgm. entschuldigt sich für den heutigen Freitagstermin; dies sei aus terminlichen Gründen wegen der Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses nicht anders möglich gewesen. An eine weitere GR-Sitzung am Freitag sei aber nicht gedacht.

Bgm. Pignitter stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Im Anschluss leitet der Bgm. die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein (sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – GR Mag. Marx bezieht sich auf die bereits am 22.05.2006 (bzw. 05.07.2006) gestellte Anfrage betreffend Lehrlingsausbildung in der Marktgemeinde Lieboch.

- Der Bgm. sagt, auf diese Frage sei, wie er glaube, bereits geantwortet worden.
In großen Stadtgemeinden, wo es relativ viel Personal gibt, sei eine Lehrlingsausbildung sicher wesentlich leichter. Beim Personalstand der Marktgemeinde Lieboch, wo man alle Hände voll zu tun habe, sei es schwierig, nebenbei noch Lehrlinge auszubilden. Außerdem habe niemand eine Ausbilderprüfung. Zudem seien die Ressourcen nicht gegeben und sei der Personalstand so knapp, dass man mit der Arbeit beinahe „platze“, so der Bgm.

1. Frage – GR Paar erkundigt sich, wem die Fläche in der Nähe Waldhauser gehöre, wo bis auf einen alle Bäume abgeholzt worden seien.

- Der Bgm. sagt, er müsse zugeben, nicht die Zeit gefunden zu haben, sich darum zu kümmern. Man könne die Bäume aber nicht mehr aufrichten. Es sei sicher ein Anflug gegeben; bis auf die kleineren seien alle großen Bäume entfernt worden.

1. Frage – 1.Vzbgm. Lang sagt, er habe jetzt seit der letzten Vorstandssitzung ein paar Tage Zeit gehabt, nachzudenken. Er wolle wissen, ob es wirklich der volle Ernst des Bgm. war, zusätzlich einen Bediensteten auf Überstundenbasis und Kilometergeld zu beschäftigen.

- Der Bgm. verweist darauf, dass Personelles nicht in der Fragestunde zu behandeln sei.

2.Vzbgm. Lang sagt, er habe keinen Namen genannt. Er wolle dazu ergänzen, wenn er den Stundensatz mit den Mitstreitern der höheren Führung in der Amtsleitung vergleiche, dann lägen diese, wie er annehme, besoldungsmäßig darunter und frage, ob der Bgm. das korrekt findet.

Auf der anderen Seite müsse er sagen, sei der angesprochene Bedienstete eigentlich nicht mehr Bediensteter der Marktgemeinde und jetzt wolle man ihn wieder in irgendeiner Form beschäftigen. Das sehe er nicht ein und frage den Bgm., ob das wirklich sein voller Ernst sei.

- Der Bgm. sagt, eigentlich schon.

2.Vzbgm. Lang sagt, er habe sich also nicht getäuscht.

- Der Bgm. meint, 2.Vzbgm. Lang würde sich bei ihm ja nie täuschen. Was er sage, nehme er eigentlich sehr ernst.

2.Vzbgm. Lang verweist darauf, dass man keine Lehrlingsausbildung machen könne, weil zuwenig Bedienstete zur Verfügung stehen. Wenn man wirklich einen Mangel an Arbeitskräften habe, müsse man sich darüber unterhalten, ob man nicht nachjustieren sollte.

- Der Bgm. antwortet, das mache man ohnehin und denke darüber nach.

Trotz alledem sei diese Vorgangsweise auch nicht die optimale und er finde sie überdenkenswert – auch gegenüber den anderen Bediensteten in der Marktgemeinde, wenn man über die Besoldung nachdenke, so 2.Vzbgm. Lang.

- Der Bgm. sagt, er glaube das Personal im Haus sei sehr froh, dass man das noch ergänzen könne mit einer Fachkraft, die leider Gottes weggegangen sei.

2.Vzbgm. Lang meint, man solle Reisende nicht aufhalten – wenn jemand glaube einen besseren Job zu bekommen, dann gehe er.

1. Frage – GR Grinschgl sagt, er habe eine Frage an den gesamten Gemeinderat:

Zu ihm sei ein Liebocher Bürger gekommen, der eventuell den Modellflugplatz in Mooskirchen übernehmen möchte. Angeblich habe ein Liebocher Gemeinderat bei der Gemeinde Mooskirchen angerufen und sich darüber beschwert.

Er würde gerne wissen, wer dieser Gemeinderat war, so GR Grinschgl.

VM ÖkR KONRAD meint, er wisse nicht, um was es geht, aber er müsse ehrlich sagen, da müsse er einen „Vogel“ haben. Zum einen habe er nicht angerufen, zweitens sei er die ganze Woche in Polen gewesen und drittens würde er denjenigen sogar beglückwünschen, wenn er den Flugplatz bekommen würde. Er wolle GR Grinschgl auch bitten, herauszubekommen, wer angerufen habe.

Er glaube, von seiner Fraktion kenne niemand diesen Flugplatz, so VM ÖkR KONRAD.

GR Paar schlägt vor, GR Grinschgl möge zur Gemeinde Mooskirchen gehen und dort fragen.

GR Grinschgl sagt, das könne er auch machen, aber er wollte zuerst im Gemeinderat nachfragen, ob jemand angerufen habe. Das hätte ihn interessiert.

Der Bgm. meint, es könne auch jemand angerufen haben, der sich nur als Liebocher Gemeinderat ausgegeben habe. GR Paar meint, es sage ja jeder seinen Namen.

Da heute keine Wortmeldung gekommen sei, gehe er davon aus, dass es kein Liebocher Gemeinderat war, so der Bgm.

GR Zarfl meint, er finde die Frage als solche äußerst fragwürdig, weil es ja gegen die freie Mandatsausübung verstoßen würde, wenn man sich hier rechtfertigen müsse.

Es sei angeklungen, wie komme derjenige dazu, dass er anruft. Das stehe jedem frei.

GR Grinschgl sagt, der Betreiber wollte ja mit denjenigen, der sich aufgeregt hat, reden. So könnte man das vielleicht aus der Welt schaffen.

1. Frage – GR Zarfl verweist auf zwei Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes, die öffentlich einsehbar seien. Beide würden der Gemeinde gesamt und den handelnden Personen im Besonderen nicht schmeicheln. Auffällig sei für ihn dabei, dass das eine Erkenntnis klar festhält und Konsequenzen fordere, dass die Betriebsstättengenehmigung für unseren Sportplatz nicht gegeben sei. Da jetzt die Frühjahrssaison beginne und auch ein Flugblatt ergangen sei, dass es eine feierliche Wiedereröffnung nach Umbauarbeiten geben soll, habe er die Frage, was der Bgm. zu diesem Urteil

zu sagen und ob er daraus schon Konsequenzen eingeleitet habe oder ob es inzwischen Bescheide gibt, die eine Betriebsführung des Sportplatzes und des Sportbetriebes ermöglichen.

- Der Bgm. fragt, ob GR Zarfl bewusst nicht gesagt habe, welcher Bescheid in dem Erkenntnis des VwGH in Frage gestellt sei.

GR Zarfl entgegnet, es handle sich um zwei. Es sei die Betriebsstättengenehmigung angesprochen.

- Der Bgm. fragt, ob es sich um einen Bescheid der Gemeinde handelt oder etwas vom Land behoben worden sei. Er wolle schon haben, dass GR Zarfl das sage, weil das stehe ja auch drinnen.

GR Zarfl sagt, es stehe auch drinnen, dass sich das Land dem Bescheid der Gemeinde angeschlossen habe, dass keine Betriebsstättengenehmigung notwendig wäre. Mit der Aufhebung des Bescheides des Landes, der einen Bescheid einer Gemeinde deckt, sei selbstverständlich auch der Bescheid der Gemeinde obsolet und das stehe auch ganz klar da drinnen.

So weit sollte der Herr Bgm. auch wissen, dass der große Bescheid den kleinen mit „falle“.

Darüber hinaus gäbe es ein zweites Urteil, dass umgehend ein Abbruchbescheid zu erlassen sei, wo sich der Bgm. auch seit Jahren geweigert habe. Er wolle wissen, ob der Bgm. mittlerweile diesen erlassen habe, so GR Zarfl.

- Der Bgm. antwortet, man habe dort schon lange einen Abbruchbescheid.

GR Zarfl fragt, ob der Bgm. diesen Bescheid, der vom VwGH verlangt werde, erlassen habe. Es gehe nicht um andere und ob der Bgm. begonnen habe, diese Urteile zu vollziehen. Er nehme an, sogar dem Bgm. werde bewusst sein, dass gegen ein oberstgerichtliches Urteil keine Revision mehr möglich sei, so GR Zarfl.

- Der Bgm. sagt, wenn GR Zarfl nachschaue, werde er sehen, dass bereits seit zwei oder drei Monaten ein Teil weg sei.

GR Zarfl meint, er würde darum bitten, ihm im Anschluss an die GR-Sitzung oder während der nächsten Amtsstunden die bisher verweigerte Einsichtnahme in den Abbruchbescheid, der auf dieses Urteil hin erlassen wurde, zu gewähren.

- Der Bgm. sagt, GR Zarfl kenne die Gemeindeordnung.

GR Zarfl entgegnet, aufgrund des Urteils sei der Bescheid zu erlassen gewesen. Er habe eine Frage – ob der Bgm. das Urteil mittlerweile vollzogen habe.

- Der Bgm. verweist auf die nächste GR-Sitzung.

GR Zarfl sagt, es wurde also nicht gemacht.

- Das sei die Feststellung von GR Zarfl. Wenn er auf die Beantwortung in der nächsten GR-Sitzung verweise, sei das rechtens. Außerdem habe er vorher schon gesagt, dass man begonnen habe abzureißen, aber GR Zarfl höre nicht zu, so der Bgm.

GR Zarfl entgegnet, es sei nicht die Frage gewesen, ob begonnen wurde, abzureißen. Die Frage sei gewesen, ob der in diesem Urteil verlangte Bescheid erlassen wurde und nicht was gemacht wurde.

- Das habe er schon gesagt, so der Bgm.

2. Frage – GR Mag. Marx verweist auf das schriftliche Anliegen (Abschaltung von Straßenlaternen um bessere Voraussetzungen für Himmelsbeobachtungen zu schaffen etc.) von Herrn Robert Pölzl und verteilt einige Kopien.

Er werde das Ersuchen von Herrn Pölzl jetzt nicht verlesen und außerdem sei es nicht das genau gleiche Anliegen das er, GR Mag. Marx, habe.

Ihm gehe es darum, ob man nicht die alten Lampen, wie bereits in eine der letzten GR-Sitzungen bereits besprochen, erneuern könne, weil die derzeit bestehenden Straßenlampen alles ausleuchten würden, nur eben nicht die Straße.

- Der Bgm. bezieht sich auf den von GR Mag. Marx soeben angesprochenen und ausgeteilten Brief. Die genannte Person sei sehr wohl an ihn herantreten und habe darum gebeten, in der Nacht am „Ringweg“ das Licht auszuschalten. Darauf habe er gefragt, wie er sich das vorstelle, dass eine Straße in der Nacht einfach ohne Licht sei. Er habe auch gesagt, wenn die Bürger am Ringweg ihre Bereitschaft mittels Unterschriften kundtun, habe er kein Problem mit der nächtlichen Abschaltung. Die Abschaltung einzelner Lampen würde einerseits nichts bringen und sei andererseits auch aufgrund des vorhandenen Steuersystems technisch nicht möglich. Würde man die ganzen Kabel in Lieboch neu verlegen, könnte man 100 Jahre Strom verbrauchen. Es wäre einen Versuch wert, die Straßenbeleuchtung in ganz Lieboch abzuschalten und die Bürgerreaktionen abzuwarten. Dies wäre aber wie er glaube nicht gescheit, weil keine Emotionen geschürt werden sollten. Er werde (den Unterzeichner des Briefes) eher noch mal ersuchen, mit den Nachbarn in der Straße zu reden, ob diese die Abschaltung, etwa ab 22.00 Uhr, gutieren. Er wisse aber nicht, ob es überhaupt möglich sei, den Ringweg gesondert abzuschalten oder ob nicht noch andere Straßenzüge aufgrund der Verkabelung mitbetroffen wären.

GR Mag. Marx sagt, er gäbe das gerne weiter. Ihm gehe es aber wie gesagt um den Austausch der alten Lampen.

Anm.: GR Dipl. Tzt. Aichholzer kommt um 19.22 Uhr zur Sitzung.

- Der Bgm. sagt, er habe schon letztens beantwortet, dass in Lieboch relativ umfangreiche Austauschmaßnahmen notwendig wären – die gesamten Fassungen und Beleuchtungskörper müssten getauscht werden, um gewisse Lampen verwenden zu können. In der nächsten Zeit werde ein Straßenzug als Versuch umgebaut, wobei mit der STEG vereinbart wurde, zuerst eine Abschaltung mit den alten Lampen zu machen und dies dann genau mit den neuen Lampen zu vergleichen. So könne man die Ersparnis genau feststellen. In der Vergangenheit habe man bereits versucht, mittels Abdimmung Kosten zu sparen. Dies habe allerdings durch den Kostenaufwand keine Ersparnis, sondern im Gegenteil sogar dazu geführt, dass die Lampen öfter getauscht werden mussten. Er sei nicht bereit, Aktionen nur deshalb zu machen, damit einige Firmen dabei verdienen. Sobald das Testergebnis vorliege, werde er im Gemeinderat darüber berichten, so der Bgm.

GR Mag. Marx erkundigt sich, an welche Straße bei diesem Versuch gedacht sei.

- Das wisse er jetzt noch nicht – Herr Kraus sei dabei, eine Straße zu eruieren, die als eigenständiges Netz gesondert geschaltet werden kann. Er glaube in Spatenhof gäbe es einen solchen Straßenzug, eventuell die Bienengasse oder eine von dort abzweigende Seitenstraße. Wirtschaftlich gesehen, sei eine solche Lösung einen Versuch wert. Wenn ein optimales Ergebnis zu sehen sei, werde man sicher sukzessive mit dem Lampentausch beginnen. Der Bgm. führt u.a. weiter aus, er habe sich in der Vergangenheit einmal erlaubt in Lieboch die Weihnachtsbeleuchtung um eine Woche später einzuschalten. Dies habe zu heftigen Protesten geführt. Auch bei den Privathaushalten könnte bei der Festbeleuchtung viel gespart werden.

GR Paar meint, bei der rosafarbenen Beleuchtung des TEML könnte auch viel Geld gespart werden.

- Gerade dort sei eine extrem sparsame Beleuchtung im Einsatz, so der Bgm.

1. Frage – GR Mag. Hirschmugl-Fuchs bezieht sich auf den Beschluss des Gemeinderates, in dem eine Verjüngung bzw. Verkehrsberuhigung der Packer Straße LB 70 im Bereich Friedhof-Ortseinfahrt beantragt wurde und fragt, ob es hier seitens des Landes schon eine Antwort gibt.

- Der Bgm. teilt mit, dass es zwar keine Antwort gibt, in der Zwischenzeit habe aber schon vor ca. 1 Monat eine Begehung durch die BH Graz-Umgebung stattgefunden, an der er nicht teilgenommen habe. Ihm sei noch kein Ergebnis bekannt. Er nehme an, es würden noch Erhebungen stattfinden, da wahrscheinlich noch einige rechtliche Fragen abzuklären seien. Man würde diesbezüglich aber sehr wohl auf die Gemeinde zukommen. Der Bgm. sagt zu, trotzdem nachzufragen.

Ende der Fragestunde: 19.28 Uhr

- **Bericht des Bürgermeisters**

Der Bgm. berichtet über folgende Angelegenheiten, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen:

- Der Pfarrgemeinderat lädt den Gemeinderat recht herzlich zur Osterprozession am Sonntag, 08.04.2007 um 09.00 Uhr ein. Der Bgm. ersucht nach Möglichkeit zahlreich teilzunehmen.
- KLIMABÜNDNIS und FAIRTRADE veranstalten auch heuer wieder die Ökostaffel durch die Steiermark und zwar vom 18.07. bis 20.07. Lieboch liegt genau auf dieser geplanten Route und ist daher als Partner für diese Klimaschutzveranstaltung eingeladen, daran teilzunehmen. GR Mag. Hirschmugl-Fuchs als Fairtrade-Kontaktperson sagt zu, sich darum zu kümmern.

Im Anschluss fragt der Bgm. nach Erweiterungswünschen zur Tagesordnung.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs gibt bekannt, dass nach Rücksprache mit Frau Dr. Grundner (Fairtrade) Ende Mai/Anfang Juni an eine Veranstaltung gedacht sei, bei der Liebocher BürgerInnen über die Möglichkeiten des regionalen und lokalen fairen Einkaufs, auch in Kooperation mit der Bauernschaft, informiert werden sollen.

Es würde auch ein Referent des Landes Steiermark kommen, der vom Land bezahlt werden würde, wobei die Gemeinde ersucht wird, für die Verköstigung im max. Ausmaß von € 100,00 aufzukommen. Diesbezüglich wolle sie den Antrag stellen, ob dies und die Bereitstellung der Räumlichkeit in Ordnung geht, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

Der Bgm. sagt, der Gemeinderat habe sich grundsätzlich zur Aktion „Fairtrade“ bekannt und sei es daher nicht notwendig, einen eigenen TO-Punkt daraus zu machen. Die geringe Summe könne auch im Gemeindevorstand beschlossen werden. Wenn es heute keine gegenteilige Stimme im Gemeinderat gäbe, könne davon ausgegangen werden, dass der Gemeinderat dahinter stehe, so der Bgm.

Anm.: Seitens des Gemeinderates gibt es keine gegenteilige Äußerung.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs ersucht im Anschluss, der Gemeinderat wolle versuchen, auf der Strecke Kreisverkehr Kreuzstraße – Richtung Unterpremstätten, eine Überholverbotstafel zu beantragen.

Bgm. Pignitter erklärt, es laufe bereits eine diesbezügliche Überprüfung. Man habe das auch schon im Gemeinderat beantragt und sollen in nächster Zeit Maßnahmen gesetzt werden. Das Liebocher Gemeindegebiet höre zwar kurz nach der Kuppe auf, soweit er gehört habe sei aber beabsichtigt, die Ortsgebietstafel zu versetzen oder eine andere Verkehrstafel aufzustellen. Dies könne aber nur von den Experten des Landes entschieden werden. Auch seitens der Exekutive seien schon länger dringliche Maßnahmen gefordert, aber bis dato nicht umgesetzt worden.

GR Paar stellt den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung:

Der Gemeinderat möge in der öffentlichen Sitzung beschließen, dass der bisher eingeforderte Euro beim TEML im Sinne einer Gleichbehandlung ausgesetzt wird oder der Gemeinderat etwas Neues beschließt.

Der Bgm. entgegnet, dies könne nicht einfach so beschlossen werden, da es rechtskräftige Verträge gibt, die erst zu einer bestimmten Zeit auslaufen. Man könne nicht einseitig Verträge aufheben, die Rechtsbestand haben. Er wolle den Antrag aber nicht „abwürgen“ und soll darüber im Punkt selbst diskutiert werden. Da es um sich um Verträge handle, würde er um Aufnahme des TO-Punktes unter „nicht öffentlich“ als TO-Punkt 6. ersuchen, so der Bgm.

Der Antrag von GR Paar um **Erweiterung** des TO-Punktes

„Aussetzung des € 1,00/Besucher für das TEML“ (als TO-Punkt 6. unter „nicht öffentlich“)

wird **einstimmig beschlossen.**

Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung des Sitzungsprotokolls vom 27.02.2007

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 27.02.2007 in der vorliegenden Form zu genehmigen (es wurden keine Änderungen eingebracht).

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

Pkt. 2.: Rechnungsabschluss 2006

a.) Bericht des Prüfungsausschusses zum Rechnungsabschluss 2006

Bgm. Pignitter weist darauf hin, dass der Rechnungsabschluss 2006 ordnungsgemäß im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist und ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, GR Zarfl, um seinen Bericht zum Rechnungsabschluss 2006.

GR Zarfl informiert den Gemeinderat, dass im Zuge der Prüfung der MG Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG am 19.03.2007 nicht möglich gewesen sei, ein gemeinsames Protokoll zu erstellen und zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu kommen, weil die offensichtlich unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen diversen Ausschussmitgliedern nicht geklärt werden konnten.

GR Zarfl stellt daher den **Antrag**, der Gemeinderat möge beschließen, die Sitzung vom 19.03.2007 zu wiederholen und ersucht um Zeichen der Zustimmung.

Bgm. Pignitter zeigt sich verwundert, worauf GR Zarfl noch mal den **Antrag** stellt, die Prüfungsausschuss-Sitzung vom 19.03.2007 zu wiederholen, da es für diese Sitzung kein gemeinsames Protokoll gibt und um die Möglichkeit zu geben, ein objektives Protokoll zu erstellen, in dem sich alle Fraktionen wiederfinden. Dies möge der Gemeinderat beschließen, so GR Zarfl.

GR Scherz wirft ein, dass deswegen nicht die Sitzung wiederholt werden könne.

Bgm. Pignitter meint, wenn GR Zarfl das Ergebnis nicht passe, solle man also 10 Sitzungen wiederholen, bis ihm die Meinung der Prüfungsausschuss-Mitglieder passe.

GR Zarfl verweist auf seinen Antrag, zu dem sich jeder zu Wort melden könne.

Die SPÖ-Fraktion habe sich beschwert, in diesem Bericht des Prüfungsausschusses nicht entsprechend gewürdigt zu sein. Dass sie jetzt Bedenken habe, diese Sitzung zu wiederholen und damit entsprechend genügend Gehör zu finden, verwundere ihn, aber es solle so sein.

GR Zarfl wiederholt seinen vorhin gestellten Antrag.

Der Bgm. fragt GR Zarfl, ob die Prüfung an sich abgeschlossen war und es sich nur um das Protokoll handle.

GR Zarfl sagt, das könne er nicht beurteilen, da er nicht alleine entscheidendes Organ sei.

Es sollte nach Möglichkeit in der Prüfungsausschuss-Sitzung ein Szenario gefunden werden, dass alle beteiligten Fraktionen und alle Ausschussmitglieder mit dem verfassten Bericht leben können und sich darin wiederfinden. Wenn ein Großteil der anwesenden Ausschussmitglieder sich darin nicht wiederfinde, könne er nicht davon ausgehen, dass der verfasste Bericht bzw. in dem Fall Berichtsentwurf, authentisch ist und von allen Ausschussmitgliedern getragen werde. Ansonsten hätten sie mitunterschieden. Darum müsse er den Antrag stellen, der Gemeinderat möge beschließen, die Sitzung zu wiederholen. Mehr könne er dazu nicht sagen, so GR Zarfl.

GR Helene Marx sagt, der Prüfungsausschuss habe fertig geprüft und danach das Protokoll geschrieben, wie man es immer mache. Sie wisse nicht, warum es diesmal so schwer sei.

GR Zarfl entgegnet, wenn die SPÖ den verfassten Bericht in der vorliegenden Form nicht zur Kenntnis nehme und dann aber wolle, dass dieser Rechtsgültigkeit erlange, solle sie den Antrag stellen.

Bgm. Pignitter erklärt, man habe sich am Tag darauf bei der Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Konsequenzen erkundigt. Dabei sei mitgeteilt worden, dass es keine gäbe.

Es sei völlig legitim, wenn nur GR Zarfl unterschreibe.

Wenn die Prüfungsausschuss-Mitglieder sich mit dem was dort vorgegeben werde, nicht einverstanden erklären, sei das laut Aufsichtsbehörde kein Problem. Das Protokoll werde in der Form abgelegt – so sei es von der Aufsichtsbehörde mitgeteilt worden.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie wisse weder was im Prüfungsausschuss passiert sei, noch worum es gehe, aber es gehe doch darum, dass der Gemeinderat über den Rechnungsabschluss abstimmen müsse.

Wenn der Prüfungsausschuss geprüft habe und die Mitglieder das Protokoll unterschrieben haben, gehe sie davon aus, dass da sehr viel Sorgfalt hineingelegt worden sei und sie das auch guten Gewissens beschließen könne. Sie wolle jetzt wissen, wo das Problem sei und wie sie abstimmen und sich eine Meinung bilden könne, wenn sie nicht wisse, wo die Differenzen sind.

Der Bgm. meint, GR Zarfl habe ohnehin eines verwechselt: Er sei jetzt bei der KEG-Prüfung und der Tagesordnungspunkt sehe eigentlich den Bericht des Prüfungsausschusses zum Rechnungsabschluss vor, worum er auch gebeten habe.

GR Zarfl erwidert, zum Rechnungsabschluss sei es notwendig, weil die Bilanzergebnisse der KEG in den Rechnungsabschluss der Marktgemeinde einzufließen haben, beide Organe – sowohl die KEG als auch die Marktgemeinde - zu prüfen.

Wenn eben das nicht der Fall sei, weil man die Schlüsse aus der Prüfung der KEG nicht einfließen lassen könne, müsse man sehr wohl beide behandeln. Er habe die Bestimmungen nicht gemacht und auch nicht die Vorkehrungen getroffen.

Es gäbe außerdem die Anregung der SPÖ-Fraktion aus dem Prüfungsausschuss, eine Stellungnahme und ein Gutachten anzufordern. Ihm liege bisher kein anderes vor, also gehe er davon aus, dass seine Rechtsmeinung bis dato die richtige sei und das sei so. Er habe einen Antrag gestellt, mehr habe er nicht. Wenn die SPÖ wolle, dass die Schlussfolgerungen aus diesem Bericht den er verfasst habe und sie nicht mitgetragen habe, als ausreichend empfunden werden, sodass sie in die Schlussfolgerung in die heutige Rechnungsabschluss-Diskussion einfließen sollen, so müsse sie den Antrag stellen und das so beschließen. Mehr könne er nicht tun und er glaube über den Rest brauche man nicht zu diskutieren, so GR Zarfl.

Der Bgm. hält fest, er lasse über den Antrag abstimmen, sehe aber keine Notwendigkeit, weil seitens der BH mitgeteilt wurde, dass eben keine Unterschriften vorhanden sind, wobei die ÖVP-Fraktion

auch nicht unterschrieben habe. dies wolle er auch festhalten, weil er habe bisher nur „SPÖ“ gehört. Es habe nur 2 Unterschriften – von GR Zarfl und GR Mag. Marx – gegeben.

GR Zarfl meint, für ihn wäre es sinnvoll, mit größtmöglichem Konsens zu arbeiten. Wenn das nicht gewünscht sei, könne er es nicht ändern.

GR Mag. Marx sagt, er habe zwar unterschrieben, aber er sehe es auch so, dass zumindest ein Protokoll da sein sollte, wo sich alle wiederfinden sollten und jeder das hineinschreiben könne, was er wolle – auch wenn es nicht dazupasse.

Der Bgm. sagt, es dürfen ja nicht alle hineinschreiben, was sie wollen. Es habe ja eine Zensur gegeben.

GR Zarfl widerspricht dem; wenn jemand die Niederschrift gelesen habe, so stehe das auch so drin, dass das nicht stimme. Wenn die SPÖ jetzt etwas Anderes behaupten und auf der anderen Seite haben wolle, dass diese Niederschrift Gültigkeit erlange, dann frage er sich, was sie wirklich wolle.

GR Tengg erklärt, es habe einen Ordnungsruf, aber kein Verbot oder Sonstiges gegeben.

Der Bgm. sagt, es habe aber eine Zensur gegeben, wenn Meinungen geschrieben werden und wieder herausgelöscht werden müssen.

GR Tengg sagt, diese seien von den entsprechenden Mitgliedern selbst wieder herausgelöscht worden, ohne dass jemand etwas gesagt habe und das sei sogar akzeptiert worden.

GR Mag. Marx gibt zu Protokoll, er stelle den Antrag, den Vorwurf, dass es beim Prüfungsausschuss zu einer Zensur gekommen sei, an die Aufsichtsbehörde weiterzuleiten. Er halte es für einen Vorwurf, der nicht haltbar sei und finde er diesen nicht berechtigt.

Der Bgm. sagt, es sei aus seiner Sicht keine Notwendigkeit gegeben, eine Sitzung zu wiederholen. Auch die Aufsichtsbehörde habe gesagt, es sei egal, wenn die Unterschriften nicht vorhanden seien.

GR Mag. Marx sagt, er könne aber mit dem Vorwurf nicht leben und werde das morgen so an die Aufsichtsbehörde weiterleiten.

Bgm. Pignitter meint, seine Leute hätten gesagt, dass ihre Meinung nicht mehr protokolliert werde und warum sie nichts mehr sagen dürften.

GR Zarfl sagt, das stimme nicht. Sie seien nur aufmerksam gemacht worden, dass ein Prozedere einzuhalten sei.

Es gäbe also eine Richtlinie, wo GR Zarfl sage, was gemacht werden dürfe, so der Bgm.

GR Zarfl entgegnet, das stehe in der Prüfungsausschuss-Ordnung. Es würde kein Bgm. zulassen, dass ein Gemeinderat während einer GR-Sitzung aufsteht, zum Protokollführer geht und ihm ins Ohr flüstert, was er zu protokollieren habe und sagt, das geht dem Rest der Mitglieder nichts an.

Alle Wortmeldungen seien laut und deutlich im Forum zu diskutieren und dann werde es auch in der Form aufgenommen. Aber es könne nicht so aussehen, dass jedes einzelne Ausschussmitglied zum Protokollführer hingehet und ihm seine persönliche Meinung hineindiktiert, ohne dass vorher im Forum darüber diskutiert werde. Genau das sei der Fall gewesen; Frau GR Marx sei aufgestanden, habe sich zu Frau Strohmeier gesetzt und ihr diktiert, was zu schreiben sei. Daraufhin habe er einen Ordnungsruf erteilt, so GR Zarfl.

Der Bgm. verweist auf seinen Antrag; GR Mag. Marx könne dies gerne an die Aufsichtsbehörde weitergeben. Diese habe Kenntnis davon, so der Bgm.

GR Marx meint, der Bgm. könne nicht einerseits den Vorwurf der Zensur bringen und andererseits nichts unternehmen. Das funktioniere nicht wirklich, weil der Bgm. wisse genau, dass eine Zensur nicht den Gesetzen entspreche und daher müsse der Bgm. etwas von Amts wegen unternehmen, so GR Mag. Marx.

Man habe sich erkundigt, der Prüfungsausschuss als Prüforgan könne alleine tun, was er wolle. Wenn sich jemand dabei nicht wiederfinde, sei es auch kein Problem, so der Bgm.

Der Bgm. verweist auf den von GR Zarfl gestellten Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Sitzung zu wiederholen, nur weil das Protokoll nicht unterschrieben wurde. Der Bgm. meint, er sehe keinen Anlass dazu.

GR Zarfl verbessert, nicht weil das Protokoll nicht unterschrieben wurde, sondern weil sich wesentliche Teile der Ausschussmitglieder dokumentiert – auch jetzt wieder – nicht im Protokoll wiederfinden. Daher sollte es neu diskutiert werden und es solle jeder die Chance haben, sich darin wiederzufinden, so GR Zarfl.

Der Bgm. sagt, nachdem es eine Nachfolgesitzung gegeben habe, wo es ähnlich zugegangen sei, glaube er nicht, dass das einen Sinn habe.

In der Nachfolgesitzung sei das Protokoll sehr wohl zur Kenntnis genommen worden, so GR Zarfl.

Im Anschluss gibt es zwischen GR Helene Marx und GR Zarfl eine kurze kontraversielle Diskussion, wobei der Bgm. zur Ordnung ruft.

GR Mag. Marx macht den Vorschlag, der Prüfungsausschuss könnte bei der nächsten Sitzung vor Sitzungsbeginn eine Art Geschäftsordnung besprechen. Er sei zwar der Jüngste im Prüfungsausschuss, auch wenn er sich manchmal nicht so vorkomme. Vielleicht könne man da besprechen, wie man es formal mache – Punkt für Punkt – damit sich wirklich jeder einbringen könne und diese Probleme nicht mehr entstehen, so GR Mag. Marx.

Der Bgm. erinnert erneut an den Antrag von GR Zarfl, die Prüfungsausschuss-Sitzung zu wiederholen und ersucht den Gemeinderat darüber abzustimmen.

Für den Antrag von GR Zarfl stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

GR Mag. Marx erinnert daraufhin an seinen **Antrag**, da der Bgm. dem Prüfungsausschuss oder Teilen davon, Zensur vorwerfe, soll der Vorwurf sowie das Protokoll an die Aufsichtsbehörde weitergeleitet werden.

Der Bgm. sagt, er habe das vorhin nicht als Antrag sondern als Meinung verstanden, da GR Mag. Marx gesagt habe, es sei die Pflicht des Bgm.

Es gäbe sowieso auch einen Aktenvermerk zum Ablauf der Sitzung, um den er gebeten habe, so der Bgm.

2.Vzbgm. Lang fragt, welche Personen zu dem Aktenvermerk einvernommen oder befragt wurden.

Der Bgm. sagt, es sei nur eine Feststellung des Ablaufs gewesen, weil der Amtsleiter bei der Sitzung auch dabei gewesen sei. Es gehe nur um eine rein sachliche Feststellung, wie der Ablauf gewesen sei, so der Bgm.

2.Vzbgm. Lang fragt, ob also die Quintessenzen des Aktenvermerks die Aussagen des Amtsleiters seien.

Der Bgm. sagt, es sei nur ein Festhalten des Ablaufes, mehr nicht.
Wenn sich die ÖVP im Protokoll wiederfände, könne sie gerne unterschreiben, so der Bgm.

2.Vzbgm. Lang meint, es interessiere ihn, auf welchen Personen der Aktenvermerk basiere.
Der Aktenvermerk könne ja nicht von irgendwoher kommen.

GR Mag. Marx fragt den Bgm., ob er dem Prüfungsausschuss Zensur vorwerfe – ja oder nein.

Der Bgm. sagt, unter Zensur sei ja immer festgestellt, dass die Meinungen nicht eingebracht werden können. Wie er seine Fraktionskollegen im Nachhinein gehört habe, sei es von diesen als Zensur gewertet worden, da sie ihre Meinungen nicht einbringen durften, so der Bgm.

Auf die erneute Frage von GR Mag. Marx hinsichtlich des Zensurvorwurfs, meint der Bgm., er selbst werfe dem Prüfungsausschuss keine Zensur vor, da er nicht bei der Sitzung dabei gewesen sei.
Seine Fraktionskollegen hätten aber gesagt, ihre Meinungen nicht kundtun zu dürfen.

GR Mag. Marx sagt, er bleibe bei seinem bereits formulierten Antrag.

GR Helene Marx sagt, der Bgm. sei bei der Sitzung nicht dabei gewesen.

Bgm. Pignitter verweist darauf, gerade erklärt zu haben, dass für ihn das als Zensur zu werten sei, wenn man Meinungen nicht kundtun dürfe. Wenn GR Mag. Marx damit etwas konstruieren wolle, sei es auch recht.

2.Vzbgm. Lang stellt den **Antrag**, besagten Aktenvermerk dem Gemeindevorstand zur Einsichtnahme vorzulegen.

Der Bgm. sagt, man habe ohnehin vor gehabt, das denjenigen, die das Protokoll nicht unterschrieben haben, zur Kenntnis zu bringen.

Für den Antrag von 2.Vzbgm. Lang stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Im Anschluss ersucht der Bgm. den Gemeinderat, über den Antrag von GR Mag. Marx abzustimmen.
Er habe kein Problem, wenn alle für den Antrag stimmen, weil man könne das gerne an die Aufsichtsbehörde weitergeben. Man habe aber die Auskunft bereits eingeholt, so der Bgm.

Für den Antrag von GR Mag. Marx stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

GR Mag. Marx merkt an, die SPÖ dürfte den Vorwurf der Zensur wirklich sehr weit verfolgen.

1.Vzbgm. FRITZ meint, es werde halt so sein, dass seine Kollegen etwas verschnupft seien. Was im Prüfungsausschuss aufgeführt werde, so ein Kasperltheater, so 1.Vzbgm. FRITZ.

Der Bgm. fragt GR Zarfl, ob dies der Bericht zum Rechnungsabschluss gewesen sei oder ob es noch eine Meldung dazu gibt.

GR Zarfl führt aus, dass es am 26.03.2007 noch eine Prüfung des Rechnungsabschlusses gegeben habe. Zu diesem sei festgehalten worden, dass in den Rechnungsabschluss zum Haushaltsjahr 2006 nicht geprüfte Rechnungen eingeflossen sind, die sich im Nachhinein noch ändern können und daher den Rechnungsabschluss für unrichtig erscheinen lassen und zum Anderen in den Rechnungsabschluss 2006 die Bilanzverluste der MG Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG nicht eingearbeitet seien, so wie es in § 4 der Finanzausgleichsvereinbarungen zum KEG-Vertrag verlangt werde und daher der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2006 unrichtig erstellt worden sei.

GR Zarfl stellt daher den **Antrag**, den Rechnungsabschluss 2006 in der vorliegenden Form nicht zu genehmigen.

Der Bgm. sagt dies sei der Bericht des Prüfungsausschusses gewesen – der Antrag zur Beschlussfassung komme eigentlich erst, aber der Gemeinderat müsse über den Antrag von GR Zarfl abstimmen.

GR Zarfl merkt an, dass dieses Protokoll mit Ausnahme von GR Marx, die die Sitzung vorzeitig verlassen habe, schriftlich zur Kenntnis genommen worden sei.

Es habe dazu eine Stellungnahme der SPÖ-Fraktion gegeben, die sich zusätzlich dazu ausgesprochen habe, eine Stellungnahme von Herrn Dr. Pilz (Kommunal-Consult) abzuwarten.

Der Bgm. sagt, der Prüfungsausschuss habe ja nicht geprüft, sondern sei nur dort gesessen.

GR Zarfl zeigt sich entrüstet und gibt zu Protokoll, der Bgm. behauptete Dinge, die in seiner Abwesenheit passiert sind und unterstelle dem Prüfungsausschuss, nicht ordnungsgemäß zu arbeiten. Das sei auf Band festgehalten, so GR Zarfl.

Der Bgm. fragt GR Zarfl, ob der Rechnungsabschluss geprüft worden sei.

GR Zarfl bejaht dies; schließlich bekomme der Prüfungsausschuss und jede Fraktion den Rechnungsabschluss schon 14 Tage vorher zugestellt. Dies sei Zeit genug, um zu prüfen, so GR Zarfl.

Bgm. Pignitter sagt, es sei auch auf Band, dass GR Zarfl gesagt habe, der Prüfungsausschuss habe den Rechnungsabschluss geprüft.

GR Zarfl: „Selbstverständlich.“

GR Helene Marx sagt, der Prüfungsausschuss habe den Rechnungsabschluss nicht gemeinsam geprüft.

Bgm. Pignitter ersucht dies zu protokollieren.

GR Zarfl sagt, der Rechnungsabschluss sei geprüft worden, es sei der Mangel festgestellt und eine weitere Prüfung für nicht notwendig erachtet worden.

Es stehe der SPÖ frei, sich zu beteiligen, aber dort zu sitzen, wie die Vögel vorm Abflug, um zu schauen, was wird da jetzt gemacht und hinterher zu kritisieren, sei zu wenig, so GR Zarfl.

Die Behauptung von GR Zarfl, der Rechnungsabschluss sei geprüft worden, sei auch im Protokoll des Prüfungsausschusses zu widerlegen. Aufgrund eines Faktes sei nicht einmal der Rechnungsabschluss angeschaut worden, so der Bgm.

Weil er von vorneherein als falsch erachtet worden sei, so GR Zarfl.

Dies sei von GR Zarfl festgestellt worden, so der Bgm.

Es hätte jeder den Antrag stellen können, weiter zu prüfen, so GR Zarfl.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, es sei sehr schade, bis jetzt habe sie den Eindruck gehabt, dass im Prüfungsausschuss eigentlich sehr kooperativ gearbeitet worden sei und sie hoffe, das komme auch wieder zurück. Wenn sie die Gemeindeordnung richtig gelesen habe, dann komme der Rechnungsabschluss zur Beschlussfassung in den Gemeinderat, wenn die Prüfung erfolgt sei. Wenn der Prüfungsausschuss jetzt wirklich nicht geprüft habe, könne man das heute nicht beschließen und müsse es zurückstellen, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

Bgm. Pignitter sagt, wenn sich der Prüfungsausschuss das nicht angetan habe, werde man den Rechnungsabschluss trotzdem beschließen.

Die BH habe den Rechnungsabschluss auch vorweg geprüft.

Er habe die Causa auch Herrn Fortmüller und Herrn Scherübl vorgetragen und diese hätten klipp und klar gesagt, was das soll, so der Bgm.

GR Mag. Marx führt aus, er schließe sich der Stellungnahme der SPÖ im Protokoll an, dass man abwarten soll, was Herr Dr. Pilz zu dem Thema sagt. Von dem her glaube er sowieso, dass das gar nicht beschlossen werde, weil dies ja 3 Leute der SPÖ im Prüfungsausschuss so wollten. Daher werde es kein Problem geben, das heute nicht zu beschließen, so GR Mag. Marx.

Der Bgm. sagt, man könne nachher ja noch berichten, dass alles in Ordnung sei.

2.Vzbgm. Lang fragt, ob man den Rechnungsabschluss trotzdem beschließen könne, auch wenn er nach Aussage der SPÖ-Fraktion nicht ordnungsgemäß geprüft worden sei. 2.Vzbgm. Lang fragt, ob also alle mitstimmen würden, die gesagt haben, er sei nicht rechtens geprüft worden.

Bgm. Pignitter sagt, 2.Vzbgm. Lang müsse seine Leute nicht fragen. Die SPÖ habe einen Fraktionsführer. Seine Leute wüssten sehr wohl, was sie tun, so der Bgm.

1.Vzbgm. FRITZ sagt, er werde den Antrag stellen, den Rechnungsabschluss 2006 zu beschließen.

Der Bgm. erinnert an den Antrag von GR Zarfl, den Rechnungsabschluss 2006 nicht zu beschließen.

GR Mag. Marx stellt den **Antrag**, die Finanzvereinbarung auf die Bildwand zu projizieren, damit sich das jeder durchlesen könne. Für jeden, der irgendwie lesen könne, sei es eindeutig, was dort drinnen stehe und von dem her habe sich das Thema dann eigentlich erledigt.

Die Summen die die KEG von der GmbH übernommen habe, hätten dann gar nie übernommen werden dürfen. Es seien nämlich sofort Schulden mit übernommen worden. Dann hätte die Gemeinde das damals schon abdecken müssen, bevor man etwas übernehme, so der Bgm.

GR Mag. Marx sagt, das interessiere ihn nicht.

Der Bgm. meint, die Altlasten, die geschluckt wurden, interessieren GR Mag. Marx nicht.

GR Mag. Marx erklärt, diese würden ihn deshalb nicht interessieren, da er damals nicht im Gemeinderat dabei gewesen sei.

Die ganzen Jahre hindurch sei es kein Thema gewesen, dass man das abdecken sollte, so der Bgm. Da ihn der Bgm. angesprochen habe, stellt GR Mag. Marx fest, es interessiere ihn, was jetzt passiere und nicht was vor 6 Jahren passiert sei, wo der Bgm. Fehler gemacht habe, von denen es genug gäbe. GR Mag. Marx erinnert an seinen Antrag, die Finanzvereinbarung an die Bildwand zu projizieren, da dies eine wichtige Entscheidung zur Beschlussfassung sei.

Bgm. Pignitter hält fest, diese sei im Prüfungsausschuss vorgelegen und ersucht über den Antrag von GR Mag. Marx abzustimmen.

Für den Antrag von GR Mag. Marx stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Im Anschluss ersucht der Bgm. den Gemeinderat, über den Antrag von GR Zarfl, den Rechnungsabschluss 2006 nicht zu beschließen, abzustimmen.

Für den Antrag von GR Zarfl stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

b.) Beschlussfassung

Bgm. Pignitter ersucht Frau Gerl, die Erläuterungen zum Rechnungsabschluss 2006 vorzutragen.

Frau Gerl führt im Anschluss aus, dass der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt abgeschlossen werden konnte:

a) Ordentlicher Haushalt

Soll

Einnahmen: € 5,281.582,81

Ausgaben : € 5,281.582,81

und ist das Soll somit ausgeglichen.

Als Anteilsbetrag vom OH konnte in den AOH der Betrag von € 513.451,60 zur Abdeckung nachstehender Vorhaben zugeführt werden:

1.) Kinderkrippe	€ 113.230,66
2.) MG Lieboch KEG; Freizeitzentrum	€ 80.000,00
3.) MG Lieboch KEG; Museum	€ 30.000,00

4.) Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Straßenbeleuchtung	€ 189.210,93
5.) Rückhaltebecken; Planungskosten Kohlgraben	€ 4.938,62
6.) Industrie West	€ 43.057,75
7.) MG Lieboch KEG; Wasserhaus	€ 40.000,00
8.) Abwasserbeseitigung – BV. FF	€ 13.013,64
	€ 513.451,60

Ist

Einnahmen: € 5,269.161,91

Ausgaben : € 5,567.089,53

daraus ergibt sich ein Ist-Abgang von € 297.927,62

b) Außerordentlicher Haushalt**Soll**

Einnahmen: € 3,013.445,74

Ausgaben : € 3,321.477,86

daraus ergibt sich ein Soll-Abgang von € 308.032,12

(Soll-Abgang-Brutto = € 589.984,14 abzgl. Soll-Überschuss von
€ 281.952,02)

Der Soll-Abgang 2006 ist bei nachstehenden Vorhaben verrechnet:

1.) MG Lieboch KEG; Industrie West	€ 530.000,00
2.) Abwasserbeseitigung – Erschließung Ulmg.-Sportplatz	€ 59.984,14
Summe	€ 589.984,14

Der Soll-Überschuss ergibt sich bei nachstehenden Vorhaben:

1.) Kindergarten-Gebäudesanierung	€ 74.025,42
2.) Kinderkrippe	€ 101.351,39
3.) Straßen- und Gehsteigsanierung Bahnhofstraße	€ 89.002,52
4.) Grenzmauer Kohutweg	€ 17.572,69
Summe	€ 281.952,02

Ist

Einnahmen: € 4,688.549,44

Ausgaben : € 3,854,920,37

und ergibt sich daraus ein Ist-Überschuss von € 833.629,07.

Der Ist-Überschuss ist bei folgenden Vorhaben verrechnet:

1.) Kindergarten-Gebäudesanierung	€ 160.288,95
2.) Kinderkrippe	€ 365.538,63
3.) Straßensanierung, Geh- und Radwege mit Ausbau Straßenbeleuchtung	€ 128.426,28
4.) Straßen- und Gehsteigsanierung Bahnhofstraße	€ 89.002,52
5.) Grenzmauer Kohutweg	€ 17.572,69
6.) Industrie West	€ 72.800,00
Summe	€ 833.629,07

C) KassenabschlussEinnahmen:

Anfänglicher Kassenbestand	€ - 926.028,36
Summe der ordentl. Einnahmen	€ 5,269.161,91
Summe der außerordentl. Einnahmen	€ 3,021.093,28
Summe der voranschlagsunwirksamen Einnahmen	€ <u>2,791.887,13</u>
Gesamtsumme	€ 10,156.113,96

Ausgaben:

Summe der ordentl. Ausgaben	€ 5,272.580,11
Summe der außerordentl. Ausgaben	€ 2,636.705,15
Summe der voranschlagsunwirksamen Ausgaben	€ 2,321.714,81
Schließlicher Kassenbestand	€ - <u>74.886,11</u>
Gesamtsumme	€ 10,156.113,96

Der Bgm. bedankt sich bei Frau Gerl und betont, dass der Rechnungsabschluss heute Vormittag von der BH Graz-Umgebung quergeprüft und als in Ordnung festgestellt wurde.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie und wahrscheinlich alle Gemeinderäte seien überzeugt, dass Frau Gerl den Rechnungsabschluss ordnungsgemäß erstellt habe. Trotzdem wolle sie nachfragen, ob die Herren der Aufsichtsbehörde den Rechnungsabschluss der Gemeinde mit dem Abgang der KEG geprüft oder überhaupt keine Informationen über die KEG gehabt haben.

Der Bgm. erklärt, nachdem die KEG ohnehin von einem Steuerberater geprüft werde bzw. der Rechnungsabschluss von diesem erstellt werde, sei es den Herren zwar sehr wohl zur Kenntnis gebracht worden, die KEG werde aber von der Aufsichtsbehörde nicht geprüft.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, die Gemeinde Lieboch sei als Komplementär der KEG allein und voll verantwortlich und die Gemeinderäte seien mit allem was sie haben oder nicht haben – auch persönlich haftbar.

Wenn man aber die Verantwortung habe, müsse man den Abgang der KEG verantworten. GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, ob es eine Vereinbarung gibt, wie man den Abgang abdeckt bzw. darstellt.

Der Bgm. meint, er könne sagen, dass man für das Jahr 2006 sicher kein Problem mit den Summen habe. Die Herrschaften des Prüfungsausschusses wollten trotz des Steuerberaters der hier gewesen sei, nicht verstehen, so der Bgm. Dieser habe zigmal erklärt, dass es fiktive Abgänge aufgrund Wertabschreibungen seien. Bei der Gemeinde habe man auch Grundstücke, die Abschreibungswerte hätten. Bei der KEG gäbe es anders als bei der Gemeinde, eine Vermögensrechnung und dass dort Werte weniger werden, sei völlig legitim. Diese fiktiven Wertverluste, etwa von Häusern, seien dort inkludiert und müssten nicht ausgeglichen werden. Herr Mag. Cresnar habe sehr wohl versucht, das zu erklären, aber er glaube, das zu verstehen sei gar nicht gewollt gewesen, so der Bgm.

GR Zarfl entgegnet, Herr Mag. Cresnar habe die Bilanz sehr gut und schlüssig erklärt und sie auch gut erstellt. Das sei auch nicht die Frage. Es unterscheide die KEG von einem anderen privatrechtlichen Betrieb, dass es eben das Doppelverhältnis KEG-Gemeinde gäbe, das beide untrennbar zueinander kette und es Zusatzvereinbarungen gäbe, die nicht der Prüfungsausschuss diktiert oder gemacht habe, sondern einzig und allein von Juristen erarbeitet worden seien und diese hätten schon ihre Gründe gehabt, warum sie diese Zusatzvereinbarungen gemacht haben und diese seien in dieser Bilanz bzw. in diesem Rechnungsabschluss nicht in der Form vollzogen.

Wenn der Herr Bgm. von der Gemeindeaufsichtsbehörde oder von einem gerichtlich beideten Sachverständigen urkundlich nachweise, dass diese Vorgangsweise dem Vertragsinhalt entspreche, müsse er es zur Kenntnis nehmen. Bis dahin halte er sich an das Vertragswerk und das verlange, dass die Gemeinde die KEG in die Lage versetzen müsse, ausgeglichen zu bilanzieren – es dürfe also kein

Minussaldo aufscheinen. Würde die KEG Gewinne abwerfen, wären diese an die Gemeinde abzuführen. Die KEG müsse laut diesen Verträgen eine Nullbilanz liefern.

Die Leute, die diese Verträge ausgehandelt hätten, werden dies erklären können, das sei nicht seine Aufgabe, aber wenn sie das gemacht hätten, sei es die Aufgabe des Gemeinderates, das zu vollziehen. Die Aufgabe des Prüfungsausschusses sei es, darauf hinzuweisen, dass das nicht geschehen sei, so GR Zarfl.

2.Vzbgm. Lang bedankt sich bei Frau Gerl für die geleistete Arbeit.

GR Zarfl schließt sich dem Dank an und hält fest, es falle nicht in den Aufgabenbereich der Frau Gerl, ob diese Verlustabdeckung von der KEG verlangt werde oder nicht. Frau Gerl habe keinen Einfluss auf die KEG, sie müsse es allerdings buchhalterisch vollziehen, sollte es an sie herangetragen werden. Darum stelle er auch ganz klar fest, dass sämtliche Prüfungen hinsichtlich des gemeindeeigenen Rechnungswerks immer positiv ausgefallen seien und sich auch keine Beanstandungen ergeben hätten. Es betreffe einzig und allein diesen einen Punkt, der nicht im Bereich von Frau Gerl liege.

GR Mag. Marx bedankt sich ebenfalls und gibt zu Protokoll, dass Herr Mag. Cresnar genau bei zwei Punkten ins Stocken geraten sei und habe das für ihn alles andere als eindeutig erklärt.

Einerseits die Übereinstimmung mit § 4 der Finanzierungsvereinbarung, wie vorhin besprochen. Da sei sich Herr Mag. Cresnar weder sicher gewesen, noch habe er eine eindeutige Antwort gegeben, dass man das nicht machen müsse.

Deswegen finde er auch das, was die SPÖ im Prüfungsausschuss gesagt habe, nämlich dass man es noch mal prüfen lassen sollte, sehr sinnvoll.

Das zweite sei der Mindestwertansatz beim I-West gewesen; da sei für ihn eindeutig der Mindestwertansatz laut HGB verletzt, weil ja wie öfters in der GR-Sitzung besprochen, dort das Projekt mehr in den Sand gesetzt worden sei als sonst etwas.

Für ihn gehöre das eindeutig abgewertet. Er wolle zu Protokoll geben, dass er das auch gerne zur Prüfung an einen Steuerberater weitergeleitet hätte, so GR Mag. Marx.

Der Bgm. erkundigt sich bei GR Mag. Marx, ob er dies zum Antrag stellen wolle.

GR Mag. Marx bejaht dies und stellt den **Antrag**, § 4 der Finanzierungsvereinbarung in Zusammenhang mit der Bilanzierung an einen Steuerberater zur Prüfung weiterzugeben, um zu prüfen, ob das übereinstimme. Von einer schriftlichen Stellungnahme gehe er aus, dass nicht der Bgm. das Ergebnis verkünde, sondern dies der Gemeinderat schriftlich bekomme.

Weiters solle geprüft werden, ob der Mindestwertansatz laut HGB verletzt worden sei, da hier ein Projekt drinnen sei, das in den Sand gesetzt worden sei, wieso auch immer. Das gehöre auch nebenbei noch einmal geklärt. Man habe dort Geld investiert, das jetzt praktisch wertlos sei, weil es nicht funktioniere.

GR Werner Riegler sagt, die Gemeinde könne dort ja nichts verkaufen.

GR Zarfl stellt zum Antrag von GR Mag. Marx noch den **Zusatzantrag**, die Stellungnahme eines Steuerberaters zu § 4 der Zusatzvereinbarung zum KEG-Vertrag solle mittels Gutachten von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen erstellt werden.

Der Bgm. ersucht über den Antrag von GR Mag. Marx, erweitert um den Zusatzantrag von GR Zarfl, abzustimmen.

Für den Antrag von GR Mag. Marx stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

1.Vzbgm. FRITZ stellt daraufhin den **Antrag**, den Rechnungsabschluss 2006 in der vorliegenden Form zu beschließen.

2.Vzbgm. Lang sagt, seitens der ÖVP-Fraktion werde dieser Beschluss natürlich nicht mitgetragen, weil eben die ganzen „KEG-Geschichten“, die im Vorspann gebracht wurden, auch nicht im Gemeindebudget vollinhaltlich getragen werden.

Aus diesen Gründen werde der Rechnungsabschluss von seiner Fraktion abgelehnt und nicht mitgetragen, so 2.Vzbgm. Lang.

Für den Antrag von 1.Vzbgm. FRITZ stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP),

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 10 Gegenstimmen).

Anm.: Frau Gerl und Zuhörer verlassen den Sitzungssaal.

Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.